

Der Freiwilligensurvey ist eine wichtige Grundlage für eine erfolgreiche Engagementförderung*

1. Der Freiwilligensurvey hat wichtige Hinweise zur Förderung des bürger-schaftlichen Engagements gegeben

Das freiwillige Engagement hat sich in Niedersachsen seit 1999 überdurchschnittlich positiv entwickelt. Die Engagementquote ist zwischen 1999 und 2009 um 10 Prozentpunkte auf 41 Prozent angestiegen. Dieses beeindruckende Ergebnis liegt vorrangig an der zunehmenden Engagementbereitschaft der Menschen in Niedersachsen. Die positive Entwicklung ist aber auch durch den kontinuierlichen Ausbau der Rahmenbedingungen des freiwilligen Engagements in Niedersachsen gefördert worden. Die Ergebnisse der bundesweiten Erhebung „Freiwilligensurvey“ haben den Akteuren in den vergangenen zehn Jahren wichtige Hinweise zum Ausbau der Förderpraxis gegeben. Mit der langfristigen Beobachtung der Entwicklungstrends ist eine wichtige Arbeitsgrundlage etabliert worden, die alle drei staatlichen Ebenen und die Zivilgesellschaft bei der Entwicklung und Umsetzung einer gezielten Förderpolitik unterstützt hat.

Der Bundesregierung gebührt deshalb für die Durchführung des Freiwilligensurvey der ungeteilte Dank. Das Bundesfamilienministerium hatte einen herausragenden Anteil an der Sicherstellung und Durchführung des Freiwilligensurvey. Mit dem Dank ist aber auch der Wunsch zur Fortsetzung des Freiwilligensurvey verbunden, weil für die Fortsetzung der erfolgreichen Engagementpolitik auch zukünftig die Ergebnisse des Freiwilligensurvey benötigt werden. Konkret ist damit die Durchführung der nächsten Erhebungsphase 2014 angesprochen.

2. Landesauswertungen des Freiwilligensurvey fördern die Engagementpolitik der Länder

Auf Basis des Hauptberichts des Freiwilligensurvey 1999, 2004 und 2009 wurden auch spezifische Landesauswertungen durchgeführt. Die Auswertungen auf Bundes- und Länderebene sind ein Beispiel für die erfolgreiche Kooperation zwischen Bund und Ländern.

Die Ergebnisse des Freiwilligensurvey und der Landesauswertungen haben wichtige Impulse für die Fördermaßnahmen in den Ländern gegeben. Jedes Bundesland könnte dafür entsprechende Beispiele angeben. Für Niedersachsen möchte ich folgende anführen.

Um dem Informationsbedürfnis der Engagierten und Interessierten nachzukommen, hat die Niedersächsische Landesregierung den „Freiwilligenserver“ im Internet eingestellt. Der „Freiwilligenserver“ bietet eine Vielzahl von Informationen rund um das bürgerschaftliche Engagement an. Ein weiteres Informationsangebot ist die „Stiftungsdatenbank“ im Internet, die eine öffentlich zugängliche Übersicht über die niedersächsischen Stiftungen enthält. Die „Freiwilligenakademie Niedersachsen“ ist ein weiteres Informationsangebot. Es informiert landesweit über Qualifizierungsangebote und darüber hinaus können Interessierte direkt eine Qualifizierungsmaßnahme via Internet buchen. Mit dem Projekt „Engagement-Lotsen für Ehrenamtliche in Niedersachsen“ (ELFEN-Programm) werden die Kommunen unterstützt. Damit sollen die Strukturen für die ehrenamtliche Arbeit vor Ort ausgebaut und gestärkt werden. Auf Kosten des Landes werden von den Kommunen ausgesuchte Persönlichkeiten qualifiziert, die in den Städten und Gemeinden neue Wege identifizieren und fördern sollen. In der „kommunalen Datenbank“ sind im Internet über 1.200 Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zusammengefasst, die zum Thema „Bürgerschaftliches Engagement“ Auskunft geben können und damit die Kontaktaufnahme zwischen kommunaler Verwaltung und interessierten Bürgern erleichtern.

Bereits im Jahr 2003 hat die Landesregierung den Wunsch der Engagierten nach einer Verbesserung des Versicherungsschutzes aufgegriffen und bestehende Lücken beim Haftpflicht- und Unfallversicherungsschutz für freiwillig Tätige geschlossen.

Ein weiteres wichtiges Anliegen ist der Ausbau der „Anerkennungskultur“. Bereits seit 1997 besteht das Angebot für Schülerinnen und Schüler, dass sie in einem Zeugnisbeiblatt ihr Engagement aufnehmen lassen können. Seit 2005 ist der landesweite Kompetenznachweis hinzugekommen. In Form einer Urkunde werden die erworbenen Kenntnisse, Fertigkeiten und Qualifikationen der Engagierten sichtbar gemacht. Um die Wertschätzung und die öffentliche Anerkennung zu fördern, lobt die Landesregierung außerdem Wettbewerbe und Preise aus. Damit sollen die vielfältigen Aktivitäten in Niedersachsen gewürdigt und stärker ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt werden. Ein weiterer Baustein der Anerkennungskultur ist die landesweite Ehrenamtskarte. Der Erfolg der Ehrenamtskarte zeigt sich u. a. daran, dass im September 2010 eine Kooperation mit dem Land Bremen vereinbart wurde und seit dem von Bremen und Niedersachsen eine gemeinsame Ehrenamtskarte verliehen wird. Sie ist damit bundesweit die erste Ehrenamtskarte, die über Landesgrenzen hinweg Gültigkeit genießt.

Der Zusammenhang zwischen den Hinweisen des Freiwilligensurvey und der Förderpolitik auf Länderebene ist somit augenscheinlich.

Mittlerweile liegen vom aktuellen Freiwilligensurvey 2009 dreizehn spezifische Länderauswertungen vor. In den Bundesländern werden z. Z. die Diskussionen über die Ergebnisse und die Folgerungen für die weitere Förderpolitik mit dem Ziel geführt, eine nachhaltige Förderpolitik für das freiwillige Engagement auch zukünftig zu gewährleisten.

In Niedersachsen wurden die Mitglieder des landesweiten Beirates „Niedersachsen-Ring“, in dem 39 zivilgesellschaftliche Dachorganisationen vertreten sind, gebeten, aus ihrer Sicht eine Stellungnahme zu den Ergebnissen der Landesauswertung abzugeben. Am Ende der Diskussion soll eine „Gemeinsamen Erklärung“ von „Niedersachsen-Ring“ und Landesregierung stehen, die wesentliche Vorstellungen und Zielsetzungen für die weitere Engagementpolitik in Niedersachsen beinhaltet. Mit der Initiative soll auch verdeutlicht werden, dass die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements eine Aufgabenstellung von Land, Kommunen, Wirtschaft und zivilgesellschaftlichen Gruppen ist.

3. Kooperationsbeziehungen zwischen den Ländern sollen bei der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements intensiviert werden

Auf Initiative von Niedersachsen haben zunächst vier Flächenländer (Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz) die Ergebnisse ihrer Landesstudien miteinander verglichen und die ermittelten Differenzen erörtert. So stieg beispielsweise das Engagement im ländlichen Raum in zwei der vier Bundesländer in den vergangenen zehn Jahre an, in zwei Flächenländern sank die Engagementquote z. T. deutlich. Weiterhin zeigten sich u. a. deutliche Unterschiede in den vier Landesstudien beim Wunsch nach mehr Qualifizierung der Engagierten und beim Engagementverhalten der Männer. Der erste Austausch hat für alle Beteiligten gezeigt, dass eine weitere Auswertung sinnvoll ist. Zusätzliche Ergebnisse sind zu erwarten, wenn in den Vergleich weitere Landesauswertungen einbezogen werden.

Bei dem Erfahrungsaustausch wurden auch die Möglichkeiten einer verstärkten Kooperation über Landesgrenzen hinweg diskutiert. Die Ländervertreter waren sich darin einig, dass solche Kooperationsformen bei der Bewältigung der zukünftigen Herausforderungen auf jeden Fall geprüft werden sollten. Bei welchen konkreten Initiativen und Maßnahmen eine länderübergreifende Kooperation sinnvoll ist, werden die weiteren Auswertungen der Landesstudien ergeben.

Resümee

Die verschiedenen Aspekte belegen den hohen Stellenwert, den die Ergebnisse des Freiwilligensurvey für die Bundes-, Landes- und kommunale Ebene sowie die zivilgesellschaftlichen Trägerorganisationen bei der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements haben. Darüber hinaus wurden durch den Freiwilligensurvey weitergehende qualitative Studien initiiert und detaillierte Untersuchungen zu Teilaspekten des freiwilligen Engagements durchgeführt. Es sollte daher das Ziel aller Akteure in diesem Politikfeld sein, das anerkannte und etablierte Beobachtungsinstrument „Freiwilligensurvey“ auch zukünftig zu bewahren. Die Bundesregierung würde mit der vierten Welle im Jahre 2014 einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Förderung des freiwilligen Engagements in Deutschland leisten. Ein Bundesland oder eine einzelne Organisation allein ist dazu nicht in der Lage.

Ministerialrat Thomas Böhme ist Referent in der Niedersächsischen Staatskanzlei, den Arbeitsschwerpunkt „Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements und der Bürgergesellschaft“.

Kontakt: Thomas.boehme@stk.niedersachsen.de

** Der Beitrag beruht in wesentlichen Teilen auf einer Stellungnahme, die vor dem Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ des Deutschen Bundestages am 9. November 2011 abgegeben wurde.*